

II-4657 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen

des Nationalrates XV. Gesetzgebungsperiode

BUNDESMINISTERIUM
FÜR
AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN

WIEN am 7. Dezember 1982

Zl. 503.01/47-III.2/82

2428/AB

1982 -12- 10

zu 2150 J

Herrn

Präsidenten des Nationalrates

W i e n

Die Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Frischenschlager und Genossen haben am 15. Oktober 1982 unter der Nr. 2150/J an mich eine schriftliche Anfrage betreffend die "Anpassung des österreichischen Arbeitsverfassungsgesetzes an die Richtlinien der EG-Kommission" gerichtet, welche den folgenden Wortlaut hat:

- "1. Ist Ihrem Ressort der Vorschlag der EG-Kommission in seinen Einzelheiten bekannt?
2. Welchen Bundesministerien haben Sie diesen Vorschlag bereits zugeleitet?
3. Wie lautet Ihre Stellungnahme zu dem in Rede stehenden Entwurf?"

Ich beehre mich, diese Anfrage wie folgt zu beantworten:

Zu 1.)

Der Text des Vorschlages der Kommission der Europäischen Gemeinschaften für eine "Richtlinie über die Unterrichtung und Anhörung der Arbeitnehmer von Unternehmen mit komplexer, insbesondere transnationaler Struktur" wurde meinem Ressort im Oktober 1980 von der Österreichischen Mission bei den Europäischen Gemeinschaften übermittelt.

Die Behandlung dieses Richtlinienvorschlages durch das Europäische Parlament ist noch nicht abgeschlossen.

Zu 2.)

Der Vorschlag der Kommission der Europäischen Gemeinschaften wurde seinerzeit sofort nach Erhalt dem Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie, dem Bundesministerium für Finanzen und dem Bundesministerium für soziale Verwaltung zugeleitet.

./.

- 2 -

Zu 3.)

Die materielle Stellungnahme zum Inhalt des in Rede stehenden Entwurfes wird durch das Bundesministerium für soziale Verwaltung ausgearbeitet.

Der Bundesminister
für
Auswärtige Angelegenheiten

